

beschriebenen Begegnungen hilfreich erscheint, wie ich im Kapitel 1.2 zum Erkenntnisinteresse ausführen werde.

Für die vorliegende Arbeit integriere ich konzeptionelle Ideen der ‚anthropological encounters‘ und theoretische Ansätze der anthropologischen Staatlichkeitsforschung in eine Perspektive auf die Begegnungen zwischen den Bewohner_innen der Friedensgemeinde und den staatlichen Institutionen. Ich verstehe diese Begegnungen in der kolumbianischen Konfliktregion Urabá als genau solche ‚engagements across differences‘, wobei insbesondere drei Aspekte oder Charakteristika dieser Begegnungen meine Aufmerksamkeit wecken. Erstens finden diese Begegnungen zwar zwischen unterschiedlichen, aber nicht völlig getrennten Akteuren innerhalb ungleicher und asymmetrischer Beziehungen statt. Die staatlichen Institutionen stehen nicht klar abgegrenzt über oder neben der Gesellschaft, wie Mitchell es formulierte (Vgl. T. Mitchell 1991, 90), sie sind Teil eines komplexen Beziehungssystems (Vgl. Radcliffe-Brown 1964, xxiii), eingebettet in die vielfältigen gesellschaftlichen Institutionen, durch die soziale Beziehungen an einem konkreten Ort bzw. in einer konkreten Region gelebt werden (Vgl. Sharma und Gupta 2006, 9). Deswegen sind diese Begegnungen zweitens auch nicht einseitig in dem Sinne, dass sich in ihnen lediglich die staatlichen Institutionen im Leben von Bewohner_innen des konkreten Staates manifestieren, diese in der Begegnung den ‚Staat‘ wahrnehmen und ihr Verständnis vom ‚Staat‘ formen. In diesen Begegnungen wirken die Bewohner_innen auf die staatlichen Institutionen auf vielfältige Weise zurück und auf diese ein. Sie beeinflussen, widerstehen, kooperieren oder unterlaufen die Praktiken, Prozesse und Strukturen staatlicher Institutionen (Vgl. Sharma und Gupta 2006, 17). Aus diesem Grund ist drittens der Ausgang dieser Begegnungen offen und reproduziert nicht einfach nur die bestehende asymmetrische Beziehung. Die Begegnungen beinhalten unvorhersehbare Aktionen und improvisierte Reaktionen, verfolgen aber auch langfristige Strategien und stellen so eine anhaltende Aushandlung dar (Vgl. Faier und Rofel 2014, 364). Während dieser Aushandlungen werden von allen Beteiligten permanent Bedeutungen, Fremd- und Selbstzuschreibungen, symbolische Ordnungen, Repräsentationen und Imaginations, kurz sozio-kulturelle Lebenswelten produziert. Das Thema der vorliegende Arbeit ist in diesem hier bündig umrissenen theoretischen Feld der anthropologischen Staatlichkeitsforschung verortet, wobei sich ihr Erkenntnisinteresse und ihre Analyse, wie ich im folgenden Abschnitt ausführen werde, an die drei gerade beschriebenen Aspekte anschließt.

1.2. Erkenntnisinteresse: Ziele und Fragen

So wie der Abschluss eines Friedensabkommens zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC allein noch keinen Frieden schafft, war auch nicht die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den beiden Konfliktparteien der Beginn einer friedlichen Transformation der kolumbianischen Gesellschaft. Außerhalb des Aufmerksamkeitsfokus der internationalen Staatengemeinschaft und Medien zeigt eine Vielzahl von Fällen, wie lokale Gemeinden und Organisationen von bspw. Bäuer_innen, indigenen und afro-kolumbianischen Gruppen, Frauen- und Opfervereinigungen, sich seit Jahrzenten für ein friedlicheres Zusammenleben in den kolumbianischen Konfliktregionen einsetzen

(Vgl. bspw. Bouvier 2009; Hernández Delgado 2004; Ruta Pacífica de las Mujeres 2013). Ein Beispiel für diese lokalen Initiativen in Kolumbien, welches eine bemerkenswerte Aufmerksamkeit sowohl von Menschenrechtsorganisationen als auch der wissenschaftlichen Gemeinschaft erhält, sind die sogenannten Friedensgemeinden (Vgl. bspw. Alter 2006; M. B. Anderson und Wallace 2013; Anrup und Español 2011; Aparicio 2012; Burnyeat 2018; Courthelyn 2016; 2018b; 2018c; Cuartas Montoya 2007; Giraldo Moreno 2010; Hernández Delgado 2000; 2009; Masullo 2015; C. Mitchell und Ramirez 2009; Tapia Navarro 2018; Rojas 2004; Sanford 2003b; Valenzuela 2010; Uribe de H. 2004). Die Friedensgemeinde San José de Apartadó, deren Begegnungen mit staatlichen Institutionen Gegenstand des Interesses der vorliegenden Arbeit ist, wurde im Jahr 1997 gegründet. Ihre Bewohner_innen verstehen sich als Teil der nicht-kämpfenden, zivilen Bevölkerung, die weder an Konflikthandlungen teilnimmt noch eine der Konfliktparteien unterstützt. Sie fordern, dass alle bewaffneten Gruppen ihren Status als Zivilpersonen respektieren und ihre Rechte schützen, die in der kolumbianischen Verfassung, in den Menschenrechten und im Humanitären Völkerrecht niedergeschrieben sind (Vgl. CdP San José 1997c). San José de Apartadó ist eine Gemeinde, die angesichts der Bedrohung durch die Guerilla, durch Paramilitärs sowie durch das Militär und trotz des Mangels an effektivem Schutz durch staatliche Institutionen ihre Unabhängigkeit und Autonomie bewahrt hat. Sie hat eine Reihe von Strukturen und Strategien entwickelt, die nicht nur ihren Selbstschutz ermöglichen, sondern auch die Grundlage einer lokalen Friedenstransformation bilden.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, a) die historische Entwicklung staatlicher Institutionen in der kolumbianischen Konfliktregion Urabá nachzuzeichnen, um ein möglichst konkretes Bild ihrer Präsenz und ihres Agierens zu skizzieren; b) die Erfahrungen der Bewohner_innen des Dorfes San José de Apartadó zu beschreiben, um eine Vorstellung von dem Leben und den Handlungsmöglichkeiten ziviler Personen in einer solchen Region zu vermitteln; und c) ihre Begegnungen mit staatlichen Institutionen zu analysieren, um zu zeigen, wie diese staatlichen Institutionen und die Bevölkerung in dieser Konfliktregion sich selbst, sich gegenseitig und ihre jeweilige soziale Lebenswelt in den Momenten des Kontaktes produzieren. Darüber hinaus möchte ich, und darin liegt ein übergreifendes Ziel der Arbeit, diese Geschichte der Region, der Friedensgemeinde und ihrer Begegnungen mit den staatlichen Institutionen ganz im Sinne anthropologischer Darstellungsweisen als eine lebendige und lebensnahe Geschichte erzählen, weshalb die inhaltlichen Kapitel 2 bis 4 einen explizit ethnographischen Fokus haben. Damit meine ich, dass in diesen Kapiteln dem empirischen Material, also den ausführlichen Interviewauszügen, den rekonstruierten Lebensgeschichten, den ethnographischen Vignetten sowie den differenzierten und ‚dichten Beschreibungen‘ (Geertz 1987), viel Platz eingeräumt wird. Das Forschungsinteresse und die Forschungsfragen, welche ich im Folgenden ausführen und präzisieren werde, sollen auf Grundlage dieser diversen und gesättigten ethnographischen Daten beantwortet und diskutiert werden.

a) ‚State Formation‘ in einer kolumbianischen Konfliktregion

Mit dieser Arbeit möchte ich aus einer anthropologischen Perspektive zeigen, wie staatliche Institutionen in einer Konfliktregion Kolumbiens präsent sind und wie sie dort

agieren. Dazu nehme ich Anleihen bei theoretischen Konzepten, wie der ‚everyday‘ bzw. ‚local state formation‘ (Vgl. Sayer 1994; Joseph und Nugent 2000; Krohn-Hansen und Nustad 2005b), gehe aber, insbesondere hinsichtlich der historischen Tiefe, über diesen Ansatz hinaus. Um die Frage nach der Präsenz staatlicher Institutionen in der Region Urabá zu beantworten, werde ich nicht nur den jüngeren und gegenwärtigen Kontext der Region betrachten, wie es bspw. der Humangeograph Ballvé getan hat (Vgl. 2012), sondern auch die Entwicklungen des staatlichen Agierens in der Region in der ‚longue durée‘ (Braudel 1977) nachzeichnen. Wenn die gegenwärtigen staatlichen Institutionen und Praktiken ein geschichtliches und kulturell produziertes Artefakt sind (Vgl. bspw. Steinmetz 1999), ist ihre historische Entwicklung und Genese von zentraler Bedeutung für ihr Verständnis in der Gegenwart. In dieser Perspektive werden die historischen Kontinuitäten und Kontingenzen gegenwärtiger staatlicher Praktiken, aber natürlich auch die der Bewohner_innen der Region sichtbar, nachvollziehbar und verständlich. Darin liegt m.E. ein Neuwert für die Erklärung der anhaltenden Konflikte in der Region Urabá. Meine Darstellung der regionalen Geschichte unterscheidet sich allerdings in einem wichtigen Punkt von den klassischen Arbeiten über die Geschichte des Urabás (Vgl. bspw. Parsons 1996; Ortiz Sarmiento 1998; Steiner 2000): Indem ich einen ‚typischen‘ anthropologischen Perspektivwechsel vornehme, rekonstruiere ich die regionale Geschichte, im Gegensatz zu diesen klassischen regionalgeschichtlichen Arbeiten, die die Geschichte aus der Perspektive administrativer und politischer Zentren auf eine marginale, dem Zentrum anzugliedernde Peripherie erzählen (für eine Kritik hieran, siehe Serie 2012), aus der Perspektive der Region und ihrer Bewohner_innen. Damit wende ich gewissermaßen anthropologische Ansätze gegenwartsbezogener Staatlichkeitsforschung auf die Geschichtsschreibung der Region an: Die Anthropologinnen Das und Poole plädieren bspw. dafür, dass staatliches Agieren sich am besten von den „Margins of the State“ (Vgl. 2004a) aus beschreiben und verstehen lasse. Einen weiteren Neuwert, insbesondere hinsichtlich des Verständnisses von der Persistenz der politischen Gewalt in der Region und in Kolumbien, sehe ich in meiner historischen Darstellung des regionalen Konfliktes. Obwohl ein gewisser Konsens darüber herrscht, dass der kolumbianische Konflikt regional sehr unterschiedliche und diverse Ursachen, Entwicklungen und Folgen hatte und hat (Vgl. bspw. Safford und Palacios 2001), zeigt sich dies selten in den Analysen und historischen Darstellungen des bewaffneten Konfliktes in Kolumbien (Siehe bspw. Klassiker wie Bergquist 1992; Bushnell 1993; oder König 2008; Zelik 2009; oder auch die Beiträge in Altmann, Fischer, und Zimmermann 2001; bzw. Fischer, Klengel, und Pastrana Buelvas 2017). Im Gegensatz zu diesen werde ich darauf verzichten, die Konflikte der Region Urabá einem generalisierenden, nationalstaatlichen Narrativ über den kolumbianischen Konflikt und seiner Akteure unterzuordnen, da m.E. die Region Urabá exemplarisch zeigt, dass es nicht nur für das Verständnis der regionalen Konflikte, sondern auch gerade für das Verständnis der politischen Gewalt in Kolumbien notwendig ist, diese nationale Perspektive zu verlassen. Die Region und ihre Bewohner_innen bieten also nicht nur den Ausgangspunkt, sondern auch die Perspektive für die Rekonstruktion der Regional- und Lokalgeschichte des Urabás und des Dorfes San José de Apartadós im zweiten Kapitel dieser Arbeit. Mit dieser Regional- und Lokalgeschichte werde ich zeigen, dass, im Gegensatz zu der allgemeinen Überzeugung von der Abwesenheit staatlicher Institutionen in Konfliktregionen, staatliche

Institutionen im Urabá auf überraschend vielfältige, wenn auch selektive und klientelisierte Weise präsent waren und sind.

b) Handlungsmöglichkeiten von Zivilpersonen in einer kolumbianischen Konfliktregion

Ein weiteren Beitrag möchte ich mit dieser Arbeit zur Diskussion der Frage leisten, welche Rolle der zivilen Bevölkerung in einer Konfliktregion zukommen kann. Im öffentlichen und politischen Diskurs sowie auch in nicht allzu wenigen wissenschaftlichen, wenn auch überwiegend politikwissenschaftlichen, Arbeiten wird den zivilen Bewohner_innen von Konfliktregionen lediglich die Rolle passiver, hilfsbedürftiger und unpolitischer Opfer zugeschrieben (Vgl. bspw. Davies und Glanville 2010; Hultman, Kathman, und Shannon 2013; Slim 2010). Im Anschluss an die klassischen Arbeiten von Scott über ‚Alltagswiderstand‘ (Vgl. 1985; 1990) oder von de Certeau über die ‚Kunst des Handelns‘ (1988) sind in der anthropologischen Konfliktforschung eine ganze Reihe von Arbeiten über das Leben, die Lebensbedingungen und die Handlungsmöglichkeiten von zivilen Bewohner_innen in Konfliktregionen entstanden (Vgl. bspw. Bourgois 2001; Feldman 1991; Lubkemann 2008; Malkki 1995; Nordstrom 1997). Diese Arbeiten beschreiben überwiegend die kreativen und beharrlichen Anpassungsstrategien ihrer Protagonist_innen an die Umstände des Konfliktes und verallgemeinern sie zu theoretischen Konzepten, wie bspw. der ‚social navigation‘ (Vgl. Utas 2005; Vigh 2007) oder der ‚imitation of life‘ (Vgl. Maček 2009). Auch im kolumbianischen Kontext wurden in jüngerer Zeit verschiedene Arbeiten über die Selbstschutzstrategien ländlicher Gemeinden veröffentlicht (Vgl. Kaplan 2013; 2017; Valenzuela 2009, siehe hierzu auch Kapitel 1.3 Forschungsstand). Die Struktur, die Praktiken und die Strategien der in dieser Arbeit thematisierten Friedensgemeinde San José de Apartadó gehen allerdings weit über Anpassungen an die Bedingungen eines Gewaltkonfliktes und über Selbstschutzstrategien hinaus. Sie haben die Veränderungen dieser Bedingungen zum Ziel, weshalb die bisherigen anthropologischen Konzepte zu zivilem Agieren das Verhalten der Friedensgemeinde nur begrenzt erklären, und dementsprechend ausdifferenziert werden müssen. Zu diesem Zweck ist das dritte Kapitel der vorliegenden Arbeit, und darin sehe ich einen Neuwert gegenüber den bisherigen Veröffentlichungen zu dieser Gemeinde, als eine ‚Ethnographie einer kleinbäuerlichen Organisation‘ konzipiert, in der die Entstehung und Gründung, die Struktur und Funktion, die Praktiken und Strategien der Friedensgemeinde sowie ihre Entwicklung bis in die Gegenwart ethnographisch differenziert und dicht beschrieben werden. Im Gegensatz zu den meisten bisherigen, längeren Veröffentlichungen zu San José de Apartadó, die ich im folgenden Kapitel 1.3 vorstellen werde, werde ich diese nicht als ein total integriertes und harmonisches Dorf skizzieren und somit romantisieren (Vgl. bspw. Aparicio 2012; Burnyeat 2018), sondern ganz im Sinne Ortners als eine lebendige Gemeinschaft inklusive interner Probleme und Konflikte sowie widersprüchlicher Entwicklungen darstellen (Vgl. 1995). Über diese ‚Ethnographie einer kleinbäuerlichen Organisation‘ werden, und darin sehe ich einen Neuwert für die anthropologische und interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung, die vielfältigen Handlungsmöglichkeiten der zivilen Bewohner_innen von Konfliktregionen sichtbar. Mit diesen setzen die Gemeindemitglieder der de-politisie-

renden und de-historisierenden Version von Zivilpersonen in Konfliktregionen als passive, unschuldige und hilfsbedürftige Opfer der Gewalt eine Version von Zivilpersonen als kreative, handlungsmächtige und politische Subjekte entgegen. Da die Mitglieder der Friedensgemeinde als die politischen Subjekte in ihrem Konfliktkontext erscheinen, die am konsequentesten die Transformation der Gewalt hin zu einem friedlichen Zusammenleben verfolgen, lässt sich die vorliegende Arbeit auch als ein Beitrag zum Feld der ‚anthropologischen Friedensforschung‘ lesen, deren Etablierung einige Autor_innen als eine Antwort auf den ‚local turn‘ in der Peace-Building Forschung vorschlagen (Vgl. bspw. Bräuchler 2015; 2018; Millar 2014; 2018a).

c) ‚Staat-Bevölkerung-Begegnungen‘ in der ‚Kontakt-Zone‘

Nachdem ich die Fragen, nach der Präsenz staatlicher Institutionen und nach den Handlungsmöglichkeiten ziviler Bewohner_innen in der Konfliktregion Urabá, diskutiert habe (Kapitel 2 und 3), möchte ich im vierten Kapitel die Begegnungen dieser beiden Akteure oder Akteursgruppen näher beschreiben und analysieren. Wie im Kapitel 1.1 zur theoretischen Einbettung ausgeführt, existieren in der anthropologischen Literatur einige Arbeiten über ‚Staat-Bevölkerung-Begegnungen‘ in Kontexten wie Behörden, Gefängnissen oder im Zusammenhang mit der Entwicklungszusammenarbeit (Vgl. bspw. Bierschenk und Sardan 2014; Wacquant 2002; Ferguson 1994), allerdings sind keine Arbeiten über solche Begegnungen in Regionen mit bewaffneten Konflikten zu finden. Zur Schließung dieses Forschungsdesiderats möchte ich mit der vorliegenden Arbeit einen Beitrag leisten, indem ich in einer ‚Ethnographie der Begegnungen‘ eine Auswahl unterschiedlicher Kontaktmomente zwischen der Friedensgemeinde und den staatlichen Institutionen detailliert beschreibe. Um diese Begegnungen selbst verallgemeinernd fassbar zu machen, und darin sehe ich einen konzeptionellen Neuwert für die anthropologische Staatlichkeitsforschung, rekurriere ich sowohl auf in der ‚Staatsanthropologie‘ viel rezipierte Ansätze, wie der „weapons of the weak“ (Scott 1985), der „Biopolitik“ (Foucault 1983a; 2006) oder der „Dehumanisierung/Rehumanisierung“ (Karl 2014; Robben 2005), als auch auf das literatur- und geschichtswissenschaftliche Konzept der „Contact Zone“ (Vgl. Pratt 1991).⁸ Die Literaturwissenschaftlerin Pratt (Vgl. 1991) bezeichnet damit „social spaces where cultures meet, clash, and grapple with each other, often in contexts of highly asymmetrical relations of power“ (Pratt 1991, 34). Offensichtlich hat Pratt als Literaturwissenschaftlerin diese ‚Kontakt-Zonen‘ vor allen Dingen in unterschiedlichen Textformen analysiert, wie bspw. in Chroniken und Reiseliteratur (Vgl. Pratt 1991; 1992). Was den Transfer des Konzeptes auf die in dieser Arbeit beschriebenen Begegnungen allerdings trotzdem so vielversprechend erscheinen lässt, ist Pratts Verständnis von der ‚Kontakt-Zone‘ als einem Raum, in dem asymmetrische Machtbeziehungen sich nicht einfach nur reproduzieren, wie bspw. durch staatliche ‚Kontroll- und Disziplinierungsmechanismen‘ (Foucault 1976) oder durch einen von den

8 An dieser Stelle möchte ich Ernst Halbmayer danken, der mich auf dieses für das Verständnis der Begegnungen zwischen staatlichen Institutionen und den Bewohner_innen von Konfliktregionen m.E. so hilfreiche Konzept hinwies.

sich Begegnenden verinnerlichten ‚Habitus‘ (Bourdieu 1987), sondern von den Beteiligten fortlaufend neu verhandelt werden. Diese ‚Staat-Bevölkerung-Begegnungen‘, verstanden als ein Prozess der permanenten Aushandlung, öffnen den Blick für die Praktiken und Strategien der an der Begegnung beteiligten Akteure. Dabei interessieren mich insbesondere folgende Fragen: Welche Bilder und Vorstellungen machen sich die staatlichen Institutionen und die Friedensgemeinde in diesen Begegnungen voneinander, aber auch von sich selbst? Wie gestalten sie diese Begegnungen und wie agieren sie in ihnen? Welche Folgen, Konsequenzen und Effekte haben diese Begegnungen? Die Analyse dieser Begegnungen, der in ihnen produzierten Bedeutungen und der kulturellen Lebenswelten sowie der durch sie verursachten Effekte kommt zu vielfältigen und teils überraschenden Ergebnissen und skizziert eine soziale Realität in dieser kolumbianischen Konfliktregion, die es m.E. rechtfertigt, diese Begegnungen in Anlehnung an Ramírez (2017a, 546) und im Sinne philosophischer und kulturwissenschaftlicher Wörterbücher als Paradox zu bezeichnen, also als einen „Befund, der üblichen Ansichten auf eine überraschende Weise zuwiderläuft“ (Regenbogen und Meyer 1998, 482) und „der nicht als Fehler ad acta gelegt werden kann, sondern [...] dazu herausfordert, sich mit ihm auseinanderzusetzen“ (Nünning 2008, 557).

Im fünften und abschließenden Kapitel werde ich zusammenfassend diskutieren, welche Implikationen und Konsequenzen die Ergebnisse dieser Arbeit für das konkrete Verständnis der Präsenz staatlicher Institutionen in den Konfliktregionen Kolumbiens und für die Entwicklung einer anthropologischen Staatlichkeits- bzw. Friedensforschung haben.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen, und bevor ich im Folgenden den Forschungsstand zu ‚Zivilpersonen und Friedensgemeinden in Konfliktregionen‘ vorstelle, soll an dieser Stelle kurz meine Verwendung der Bezeichnungen staatliche Institutionen, ‚Staat‘ und ‚lokaler Staat‘ in dieser Arbeit explizit gemacht werden. Wenn ich die Begegnungen zwischen den Bewohner_innen der Friedensgemeinde und staatlichen Institutionen beschreibe, darstelle und analysiere, bezeichne ich die beteiligten Institutionen möglichst mit ihren Eigennamen oder fasse sie, wenn mehrere Institutionen an der Begegnung beteiligt sind, unter der Bezeichnung staatliche Institutionen zusammen. Wenn ich das Gesamtbild des ‚Staates‘, welches sich die Gemeindemitglieder (und teilweise auch zitierte Autor_innen) auf Grundlage ihrer Erfahrungen mit staatlichen Institutionen machen, wiedergebe und analysiere, verwende ich die Bezeichnung ‚Staat‘ und setze sie, wie hier geschehen, in einfache Anführungszeichen. Wenn ich die historisch gewachsenen und regionalspezifischen Aspekte der staatlichen Präsenz und des staatlichen Agierens im Urabá verallgemeinere und abstrahiere, werde ich, in Anlehnung an den ‚local state formation‘ Ansatz (Vgl. Sayer 1994; Joseph und Nugent 2000; Krohn-Hansen und Nustad 2005b), die Bezeichnung ‚lokaler Staat‘ verwenden und ebenfalls in einfache Anführungszeichen setzen.